

Soziales und Politik

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Sonos / Schweizerischer Verband für Gehörlosen- und Hörgeschädigten-Organisationen**

Band (Jahr): **101 (2007)**

Heft 10

PDF erstellt am: **05.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

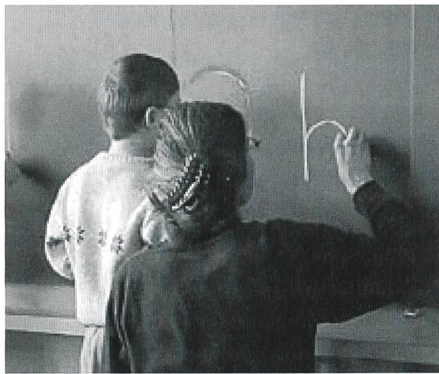
Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Soziales und Politik

Ein Drittel aller Schüler erhält im Kanton Zürich Sondermassnahmen

Text: NZZ vom 17.08.2007

Rund ein Drittel aller VolksschülerInnen kommt heute in den Genuss von einer oder mehreren sonderpädagogischen Massnahmen. Der Wildwuchs an Angeboten wird nun gestutzt. Betroffene Schüler werden künftig vor allem in der Regelklasse betreut.



Allein schon der finanzielle Umfang ist beträchtlich. Rund 2 Milliarden Franken kostet die Zürcher Volksschule den Kanton und die Gemeinden jedes Jahr. Zwischen 400 bis 500 Millionen Franken davon gehen auf das Konto von sonderpädagogischen Massnahmen. Eine erstmalige Erhebung der Bildungsdirektion macht klar, woher die hohen Kosten kommen: Auf 100 Zürcher SchülerInnen kommen 49 Massnahmen. Da einige Schulkinder mehr als nur 1 Unterstützung brauchen, liegt der Anteil der effektiv betroffenen Schüler tiefer, bei 34,6 Prozent. Am tiefsten ist die Quote der Sondermassnahmen auf der Sekundarstufe bei 14,9 Prozent. Am höchsten in der Primarschule bei 41,3 Prozent. Mit anderen Worten: Nur drei von fünf Primarschulkindern besuchen die Schule ohne zusätzliche Unterstützung oder Förderung.

In einem Viertel der Fälle ist die sonderpädagogische Massnahme ein Deutschkurs für Fremdsprachige. Häufig sind auch

logopädische Therapien (11 Prozent der Fälle. Sehr gering ist der Anteil der Begabtenförderung. Lediglich 3 Prozent aller Massnahmen betreffen diesen Bereich. Besorgniserregend ist vor allem die Zunahme der sonderpädagogischen Stütz- und Fördermassnahmen, also Therapien, Sprachkurse und Aufgabenhilfe, nicht aber der Sonderklassen. Von 1996 bis 2005 nahm die Zahl dieser Massnahmen pro 100 Schüler von 27,6 auf 38,3 Prozent zu.

Der je nach Gemeinde andersgeartete Wildwuchs an Therapien soll nun ein Ende haben. Das neue Volksschulgesetz sieht eine einheitliche Regelung für den ganzen Kanton Zürich vor. Bildungsdirektorin Regine Aeppli präsentierte am 16. August 2007 die Details des bereits bekannten Konzepts: Künftig sollen Kinder, die besondere Förderung benötigen, nicht mehr aus der Klasse genommen und separat geschult werden. Die sog. integrative Förderung (IF) sieht vor, dass eine Heilpädagogin diese Schüler in der Regelklasse betreut. Sie arbeitet dafür mit der Lehrerin oder dem Lehrer der Klasse zusammen und entlastet diese. Mit Ausnahme von Schwerstbehinderten müsse sich jedes Kind später im Berufsleben bewähren, sagte Aeppli. Darum soll es, wenn immer möglich, auch in einer normalen Klasse zur Schule gehen. Das integrative Modell ist nicht neu, in 173 der 213 Zürcher Schulgemeinden und Schulkreise wird bereits integrativ gefördert, allerdings in der Regel nicht flächendeckend in allen Schulen. Ein internationaler Vergleich zeigt aber, dass die Schweiz in Bezug auf Integration weit zurückliegt. Das Abschieben von Schülern mit Schwierigkeiten in spezielle Klassen scheint eine schweizerische Eigenart zu sein.

Auch mit dem neuen System, das von 2008 bis 2010 gestaffelt eingeführt wird, verschwinden Sonderklassen nicht ganz. Für Kinder mit hohem Förderbedarf ist die Bildung solcher Klassen weiterhin möglich. Ebenso können die Gemeinden für Kinder, die noch nicht schulreif sind, Einschulungsklassen und für Fremdsprachige „Aufnahmeklassen“ bilden. Bestehen auch die Sonderschulen und Heime für schwierige Fälle. Ferner wird die Zahl der verschiedenen Therapien und Kurse reduziert; von heute rund 1 Dutzend auf 5: Logopädie, Psychomotorik, Psychotherapie, Deutsch für Fremdsprachige und Begabtenförderung. Für Legasthenie und Dyskalkulie etwa gibt es künftig keine separaten Therapien mehr. Diese Beschränkung ist inter-

kantonal abgesprochen. Die Erziehungsdirektorenkonferenz will noch dieses Jahr den Kantonen ein Abkommen zur Ratifizierung vorlegen.

Begrenzt wird nicht nur die Auswahl an Therapien, sondern auch das Angebot an sich. Die nun vom Zürcher Regierungsrat beschlossene Verordnung schreibt den Gemeinden vor, wie viele Stellenprozente pro 100 Schüler sie für Sonderpädagogik minimal einsetzen müssen und maximal einsetzen dürfen. Vereinheitlicht wird auch das System der Zuweisung. Künftig soll der Entscheid über Massnahmen mit besserem Einbezug der Eltern geschehen. Man wolle zudem nicht mehr nur auf die Defizite der Kinder schauen, sondern auch auf deren Stärken und ihr Umfeld, sagte Volksschulamts-Chef Martin Wendelspiess. Schulpsychologen würden künftig tendenziell weniger beigezogen. Zudem werde die Massnahme häufiger überprüft. Ferner wird ein Kind vor der Einweisung in eine Sonderklasse zuerst in eine andere Regelklasse eingeteilt. Einige Kinder hätten nur Mühe mit einem bestimmten Umfeld, sagt Wendelspiess.

Jugendkommission zur Kinderarmut in der Schweiz

Text: NZZ vom 29.08.2007

Mit 55 politischen Forderungen will die Eidgenössische Kommission für Kinder- und Jugendfragen die Kinderarmut in der Schweiz bekämpfen und den Generationenvertrag erneuern. Kinder- und Jugendarmut sei in der Schweiz noch immer ein Tabuthema, kritisierte die Eidgenössische Kinder- und Jugendkommission (EKKJ) am 28. August 2007 in Bern. Ungefähr 45 Pro-



zent der Sozialhilfeempfänger sind unter 25 Jahre alt, wie die neueste Sozialhilfestatistik zeigt. Die Anzahl der über 65-jährigen Sozialhilfeempfänger ist auf 1,5 Prozent gesunken. Dank AHV und obligatorischer beruflicher Vorsorge profitiere die Alters-

gruppe der über 65-Jährigen von besseren materiellen Verhältnissen, erklärte Pierre Maudet, Präsident der EKKJ, und betonte, dass nun der Generationenvertrag zugunsten der Jugend überdacht werden müsse. Chantal Osterero von der EKKJ führte aus, dass Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund, mit mehr als zwei Geschwistern, arbeitslosen oder alleinerziehenden Eltern besonders gefährdet seien, in die Armut abzurutschen.



Um das Thema Kinder- und Jugendarmut publik zu machen, widmete die EKKJ im letzten Herbst ihre alle zwei Jahre stattfindende „Bieler Tagung“ dieser Form der Armut. Auch andere Institutionen beschäftigten sich in den vergangenen Jahren mit dem Thema. Der neueste präsentierte Bericht der EKKJ enthält die Ergebnisse der letzten „Bieler Tagung“. Abgeschlossen wird er mit 55 konkreten politischen Forderungen. So soll beispielsweise das Angebot der familienergänzenden Kinderbetreuung ausgebaut, die Durchlässigkeit zwischen den Bildungsstufen gefördert und die Familienpolitik nachhaltiger gestaltet werden. Angesprochen mit den Forderungen werden vom Bund über Hochschulen und Unternehmen bis zur Zivilgesellschaft die unterschiedlichsten Institutionen.

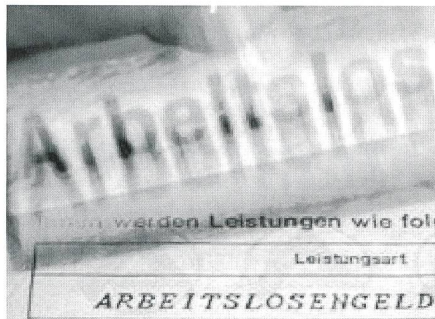
Die EKKJ fordert auch, dass der Staat mehr Verantwortung übernimmt bei der Einführung der Jugendlichen in die Arbeitswelt. Bereits heute haben 70 Prozent der von der Sozialhilfe abhängigen Jugendlichen keine Berufsausbildung, eine überdurchschnittlich hohe Prozentzahl: Im Jahr 2000 waren nur 35 Prozent der 18 bis 25-jährigen Bevölkerung ohne Berufsabschluss. Erste Priorität sei daher, dass alle jugendliche Sans-Papiers eingeschlossen - die Möglichkeit zur chancengleichen Grundausbildung hätten, erklärte Osterero. Ausserdem verlangt die Kommission ein Case-Management für Jugendliche mit tiefem Bildungsniveau. Dabei sollen die Jugendlichen beim Übertritt von der Schule in die Berufsausbildung und später ins Berufsleben betreut werden.

Die Armutsgrenze steht im Verhältnis zum Wohlstandsniveau eines Staates und liegt in der Schweiz bei ungefähr 2000 Franken für Alleinstehende und 4600 Franken für Ehepaare mit zwei Kindern im Primarschulalter. Wer unter diese Grenze fällt, ist berechtigt, Sozialhilfe zu beziehen und somit im Sinne der EKKJ „arm“.

Berufseinstieg für Junge leichter

Text: Tages-Anzeiger vom 07.09.2007

Die Jugendarbeitslosigkeit ist in den letzten zwölf Monaten um ein Viertel gesunken. Dennoch mangelt es an Chancen.



Die Arbeitslosenquote ist in der Schweiz von 2,5 Prozent im Juli auf 2,6 Prozent im August gestiegen. Bei den Jugendlichen fiel der Anstieg deutlicher aus: Die Quote erhöhte sich von 3 auf 3,4 Prozent. Weder der eine noch der andere Anstieg ist beunruhigend; denn es ist keinesfalls so, dass der Aufschwung am Arbeitsmarkt - kaum hat er angefangen - schon wieder verebbt. Der Anstieg hat vielmehr saisonale Gründe: Im Sommer und vor allem im August suchen jeweils Lehr- und Schulabgänger den Einstieg ins Berufsleben - mehr als der bestens geölte Arbeitsmarkt innert Monatsfrist aufnehmen kann.

Die langfristige Kurve der 15- 24-Jährigen ohne Arbeit zeigt dies. Im Sommer geht es immer bergauf, im Herbst stets bergab. „Die Zunahme der Arbeitslosen ist allein auf die jugendlichen Neuzugänger auf dem Arbeitsmarkt zurückzuführen“, erklärt Serge Gaillard, Direktor für Arbeit im Staatssekretariat für Wirtschaft. Für die Berufsaussichten der Jungen ist deshalb entscheidend, wie stark es im Herbst bergab geht. Und da sieht es im Vorjahresvergleich gut aus: Innert Jahresfrist ist die Jugendarbeitslosigkeit um ein Viertel zurückgegangen, innert zweier Jahre um mehr als ein Drittel. Über alle Altersgruppen gesehen ist der Rückgang kleiner:

minus 18 Prozent in den letzten 12 Monaten, minus 30 Prozent in den letzten 24 Monaten. Das zeigt: Der Aufschwung kommt zwar spät, aber besonders stark bei jungen Arbeitnehmenden.



Das freut Ralf Margreiter: „Es ist gut, dass die Zutrittshürden für Berufseinsteiger nicht mehr so hoch sind“, sagt der Ressortleiter Jugend beim Kaufmännischen Verband Schweiz. „Die Jugendarbeitslosigkeit sinkt aber zu spät und viel zu wenig stark, als dass ihre Quote wenigstens auf den Schnitt aller Altersgruppen fallen würde. Und das müsste doch das Ziel sein, denn eine hohe Jugendarbeitslosigkeit stellt der Schweiz ein schlechtes Zeugnis aus.“ Die überdurchschnittlich hohe Arbeitslosenquote bei den Jungen zeigt für Margreiter, dass „Einiges noch nicht im Lot ist“:

- Der Übertritt vom Lehrbetrieb in eine neue Firma funktioniert schlecht. „80 Prozent der von uns im Mai befragten KV-Lehrabgänger bleiben beim Lehrbetrieb. Viele davon mit einem befristeten Vertrag“, sagt Margreiter. „Unternehmen sind jungen, fertig ausgebildeten Berufsleuten gegenüber viel zu wenig offen.“
- Bei den Lehrstellen bleibt die Situation „desaströs“, sagt Margreiter. Zwar habe sich das Angebot etwas erhöht, „aber es reicht nach wie vor nicht“. Laut dem Bundesamt für Berufsbildung und Technologie fehlen wie schon letztes Jahr rund 5000 Lehrplätze - in erster Linie für schulisch schwache oder ausländische Jugendliche. „Das ist eine soziale Zeitbombe“, findet Margreiter. „Wer etwas gegen Jugendgewalt und Ausgrenzung machen will, muss hier ansetzen.“
- Fazit: Der Schweizer Arbeitsmarkt leistet viel - auch für Berufseinsteiger. Aber nicht genug: Fast 1200 Junge waren Ende August 2007 seit über einem Jahr arbeitslos.

Mobilität für Behinderte

Text: NZZ vom 18.09.2007

Die Stiftung Behindertentransport Kanton Bern (BTB) sieht grosse Lücken beim Angebot im Kanton Bern. Dies verstosse gegen die Rechtsgleichheit, begründete die BTB die Forderung nach gleich langen Spiessen über ein kombiniertes Transportmodell. Die BTB begründete die Forderung am 17. September 2007 in einer Mitteilung damit, dass viele Behinderte von einem guten Tür-zu-Tür-Angebot abhängig seien. In der ganzen Schweiz treffe dies laut einer Studie auf eine halbe Million Menschen zu. Der Kanton Bern gehe bei der Festlegung seiner Beiträge aber nicht vom wirklichen Bedarf aus, sondern von seiner Zahlungsbereitschaft. Die Fahrgutscheine für Behindertentransporte seien deshalb kontingen-

tiert und dennoch klar teurer als der öffentliche Verkehr (ÖV). Die Kontingentierung führe dazu, dass Behinderte nicht im gleichen Mass am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können wie nicht behinderte Menschen. Deshalb schlägt die BTB mit Hilfe eines Unterstützungskomitees ein kombiniertes Modell vor. Mit einer Monats- oder Jahreskarte des ÖV könnten Anspruchsberechtigte beliebig viele Fahrten mit dem Behindertentransport durchführen.

Weniger neue IV-Rentner

Text: Tages-Anzeiger vom 21.09.2007

Die Zahl der Neurenten in der Invalidenversicherung (IV) hat sich stabilisiert. In den ersten sechs Monaten dieses Jahres

wurden im Vergleich zur Vorjahresperiode vier Prozent weniger Neurenten zugesprochen: 9300 Neurenten oder 500 weniger als ein Jahr zuvor. Das Total der Renten hat seit Anfang Jahr mit 253200 leicht abgenommen. Insgesamt könne von einer Stabilisierung der laufenden Renten gesprochen werden, schreibt das Bundesamt für Sozialversicherung (BSV). Trotz der Stabilisierung ändere sich am Reformbedarf bei der IV nichts, hält das BSV fest. Denn das Defizit verharre auf hohem Niveau. Per Ende 2007 erwartet das BSV einen Fehlbetrag von 1,7 Milliarden Franken. Die IV sitzt auf einem enormen Schuldenberg: Dieser erreichte im Juni 10,4 Milliarden Franken.

Arbeiten lernt man nur durch Arbeit

Text: Roger Suter in Zürich Nord vom 23. August 2007

Jugendliche Schulabgänger mussten sich in den vergangenen Jahren immer wieder anhören, wie schlecht vorbereitet und unmotiviert sie seien. Kommt hinzu, dass viele Lehrmeister, aber auch ganze Berufsgattungen die Anforderungen in Höhen schraubten, die kaum noch nachzuvollziehen sind. Das Resultat waren eben jene unmotivierten und schlecht vorbereiteten Schulabgänger - und nicht die Ursache.



Dieser Schluss jedenfalls liegt nahe, wenn man die Erfahrungen des Vereins „Access - Bridge to work“ betrachtet. Er nimmt jedes Jahr 86 Jugendliche ohne Lehrstelle in ein Zusatzjahr auf - und 81 von ihnen werden am Ende einen Lehrvertrag in der Tasche haben. In diesem Jahr lernen und arbeiten die Jugendlichen in einer der sieben „Kleinfirmen“ des Vereins Access mit eigenem, echtem Kundenstamm und einem Netto-Erlös als Zielvorgabe: im Modeatelier, in der Grafik- und Werbeabteilung, bei der Eventorganisation, im Verkauf oder der Bau-, der Maler- oder der Gebäude-Unterhaltungsgruppe (neudeutsch auch Facility

Management). Während vier Tagen wird gearbeitet, an einem unterrichtet.

Arbeit weckt Begeisterung

Von Trockenübungen sind die Angebote der sieben Unternehmen aber weit entfernt. Denn: „Arbeiten lernt man nur bei der Arbeit“, ist Mitgründerin Sylvia Meyer überzeugt. Die Modeabteilung entwirft deshalb entweder selber Kleidungsstücke oder übernimmt Restposten von grossen Herstellern, um sie mit kleinen Änderungen marktauglich zu machen und im eigenen Shop am Predigerplatz in Zürich zu verkaufen. Der letzte, im Übrigen echte Auftrag waren passende Arbeitsschürzen fürs Restaurant Babette im Zürcher Sihlfeld. Und auch bekannte Personen haben schon „Toojookin“-Mode getragen: An einem FDP-Anlass namens „Glanzlicht“ im vergangenen Herbst trugen Kathrin Martelli, Ursula Gut und Thomas Heiniger diese Unikat-Kleidungsstücke auf dem Laufsteg. Nach einem Event für Behinderte wollte die ehemalige Miss Schweiz Melanie Winiger ihr Kleid sogar gleich behalten.

Die Nachwuchs-Modeschau war auch kein Zufall: Der ganze Event wurde von einer anderen Access-Kleinfirma auf die Beine gestellt, welche am 29. September 2007 das Fest für die Vereinigung der beiden Zürcher Kunsthochschulen ausrichtet. „Beim letztjährigen Festival der Künste haben unsere Jugendlichen mit Begeisterung die

halbe Nacht und in Schicht gearbeitet“, sagt Meyer. Eine weitere Firma, das Ideenlabor der Werber, entwirft Konzepte, Briefe, Broschüren, Flyer (zum Beispiel derjenige der Erlenbacher Kupfermine) oder Logos und dreht Video- und Radiospots für Organisationen, welche über beschränkte Mittel verfügen; das Resultat kann sich dennoch sehen lassen.

Beim Veräussern der eigenen und fremden Produkte im Marktlabor lernen Jugendliche mit Verkaufsflair den Umgang mit Kunden. Dazu betreiben sie die „Wandelbar“ am Predigerplatz, welche gleichzeitig Verkaufsfläche, Bewerbungsagentur und Anlaufstelle ist.

Die drei „Handwerkerfirmen“ sind derzeit an der Forchstrasse in Zollikon beschäftigt, wo sie ein ehemaliges Personalhaus zu einem (privaten) Schulhaus umbauen helfen: Tapeten entfernen, Fenster und



Wände flicken und neu streichen, reinigen. „Uns kommt entgegen, dass es der Bauherr nicht so eilig hat“, sagt Vereinsgründerin Sylvia Meyer. „Dann kann man eine fehlerhafte Wand auch noch einmal streichen.“ In vielen Firmen könnten Jugendliche diese Lernphase nicht durchmachen. Erschwerend kommt hinzu, dass viele Jugendliche von ihren anfänglichen Wunschberufen und deren Anforderungen völlig falsche Vorstellungen haben - und dann entsprechend enttäuscht sind

Pfarrer und Gewerblerin

2003 hatten Sylvia Meyer, die für den Kantonalen Gewerbeverband arbeitete, der Erlenbacher Pfarrer Andreas Cabalzar und Urs Osterwalder den Verein Access gegründet. Seither haben 252 Jugendliche das Zwischenjahr besucht und in 95 Prozent der Fälle danach eine Grundausbildung gefunden. Zunächst in alten ABB-Gebäuden untergebracht, zügelte man später in die Räumlichkeiten der Handelsschule Oerlikon an der Welchogasse. Auf jedem Stock und im benachbarten „Colosseum“ ist eine der Kleinfirmen beheimatet, welche von je zwei Berufsleuten und Pädagogen geführt wird und mit ihrer Arbeit 40 Prozent der Kosten zu decken vermögen. Der Rest wird vom Kantonalen Amt für Wirtschaft und Arbeit und seit 2006 von einem Förderverein getragen. „Trotzdem konkurrenzieren wir das Gewerbe nicht“, sagt Gewerbespezialistin Meyer, „auch wenn es manchmal eine Gratwanderung ist.“ Die Aufträge, welche die Access-Kleinfirmen übernehmen würden, seien für andere nicht attraktiv, böten den Jugendlichen aber ein gutes Lernumfeld. „Unser Ziel ist es, sie an konkreten Aufgabenstellungen Erfahrungen sammeln und wachsen zu lassen“, laute einer der drei Grundpfeiler der Access-Philosophie. Dadurch würden sie zweitens ihre Persönlichkeit entwickeln, die eigenen Stärken erkennen, Strukturen erhalten und hin und wieder auch an Grenzen stossen. Und manchmal müsse jemand hart auf den Boden der Realität aufschlagen. „Wir wollen hier kein Netz bieten, dass alle auffängt“, betont Meyer, „aber wir helfen den Jungen wieder beim Aufstehen.“ Drittens könnten die Jugendlichen hier das selbständige Lernen neu entdecken: „Neben den Schulfächern halten wir die Jungen zum Lesen an. Sehr beliebt sind überraschenderweise Geschichtsbücher. Wir hatten aber auch jemanden, der plötzlich Kafka zu lesen begann.“

Auch Muse kommt nicht zu kurz

Gelernt wird in denselben Gruppen, in denen gearbeitet wird. Für jeden Schüler werden in den einzelnen (Schul-)Fächern Lernziele definiert, an die er sich durch das Lösen von Arbeitsblättern und die Unterstützung eines Lerncoaches selbständig heranarbeitet. „Ein Schultag beginnt dabei meist mit einem aktuellen Thema“, erklärt Meyer den Schulalltag. Am Schluss des Tages steht dann auch Sport auf dem Programm, manchmal in Form von Aikido, das zugleich eine Lebensphilosophie vermittelt. Zudem führt jeder Jahrgang jeweils ein Theater wie „Woyzeck“ oder „Romeo und Julia“ auf. Während dieses Jahres bewerben sich die Jugendlichen weiterhin um Lehrstellen, und zwar mit stetig wachsendem Selbstvertrauen. Man arbeite auch eng mit dem Regionalen Arbeitsvermittlungszentrum zusammen; und auch wenn einzelne diese Ausbildung abbrechen, bleibe der Kontakt oft bestehen. Für das Schuljahr 2007/08 sind noch einige Plätze frei, die nach Eignung und einem Bewerbungsgespräch vergeben werden.

www.jugend-access.ch

Der Verein Access hat gegenüber der Geschäftsführerin von sonos erklärt, dass sicher die Möglichkeit bestehe, hörbehinderte Jugendliche aufzunehmen. Im konkreten Einzelfall müsste dies indes immer mittels Vorstellungsgespräch beurteilt werden.

Adresse:
Verein Access
Welchogasse 6
8050 Zürich

Tel.: 043 300 68 20
Fax: 043 300 68 21

E-Mail: carmen.bleibler@jugend-access.ch

«In Kürze»

Direkter Einblick in die Patientendossiers

Alle Ärzte sollen ab Mai 2008 eine elektronische Karte erhalten, die ihnen erlaubt, von jedem Computer aus auf die Daten ihrer Patienten zuzugreifen. Es geht um Datenbanken, die die Krankengeschichte, Berichte, Labordaten, Röntgenbilder usw. enthalten. Die Karte dient insbesondere auch der Vereinfachung der Übermittlung von Patientendaten von Arzt zu Arzt. Die Vereinigung der Schweizer Aerzte (FMH) erwartet von der Neuerung auch eine Erhöhung der Patientensicherheit. Bei der Entlassung eines Patienten aus dem Spital sind den nachbehandelnden Ärzten künftig über die HPC [Health Professional Card] - Berichte, Röntgenbilder, derzeitige Medikation usw. sofort direkt zugänglich. Der Patient behält die Hoheit über die Daten und wird weiterhin bestimmen, welchen Ärzten Einblick in seine Krankengeschichte und seine Gesundheitsdaten gewährt wird. Die HPC soll mit der im Rahmen der Revision des Krankenversicherungsgesetzes vorgesehenen Versichertenkarte koordiniert werden. Die Versichertenkarte, deren Einführung bis jetzt auf Anfang 2009 geplant ist, wird vorläufig indes nur der Abrechnung der medizinischen Leistungen mit den Versicherern dienen. Später soll sie dann zur eigentlichen Gesundheitskarte ausgebaut werden.

Barrierefreier Internetzugang für Behinderte

Die Stiftung „Zugang für alle“ hat 50 Internetangebote von Bund, Kantonen und Gemeinden auf ihre Zugänglichkeit für Menschen mit Behinderungen getestet. Die Schweizer Accessibility-Studie 2007 wurde am 11.9.2007 an einer Medienkonferenz vorgestellt. Durchgeführt wurde die Schweizer Accessibility-Studie 2007 von der Stiftung „Zugang für alle“. Neben den Resultaten der Accessibility-Tests beinhaltet die 80-seitige Studie ausgewählte Fachartikel zum Thema Barrierefreiheit. Mit vier konkreten Aufgaben zeigt ein Beitrag wie Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen das Internet nutzen, wo sie an Grenzen stossen und welches ihre Anforderungen sind. Ein Beitrag dokumentiert die gesetzlichen Rahmenbedingungen. In einem weiteren wird ausgeführt, auf was zu achten ist bei der Durchführung barrierefreier Internet-Projekte. Der letzte Beitrag widmet sich der praktischen Umsetzung anhand angetroffener guter Beispiele (kostenlose Bestellung der Studie über www.access-for-all.ch).